

Die Danziger Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage zweimal, am Montage nur Nachmittags 5 Uhr. — Bestellungen werden in der Expedition (Gerbergasse 2) und auswärts bei allen Königl. Postanstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr., auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. Inserate nehmen an: in Berlin: A. Neumeier, Raststraße 50, in Leipzig: Heinrich Götze, in Altona: Gaeffken u. Vogler, in Hamburg: J. Löffelmeier und J. Schöneberg.

# Danziger Zeitung.



## Alltliche Nachrichten.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: dem Bahmeister Klein des Königs Grenadier-Regiments (2. Westpreussisches) Nr. 7, dem Regierungs-Secretair, Kanzleirath Hugo zu Danzig, dem Rother Adler-Orden vierter Klasse zu verleihen; ferner den Superintendenten und Pfarrer Sondernann in Königsberg i. Pr. zum Consistorial-Rathe und Mitglieder des Consistoriums der Provinz Preussen zu ernennen.

## Telegraphische Depesche der Danziger Zeitung.

Angelommen 11 Uhr Vormittags.  
New-York, 5. April. Der Senat hat die Abschaffung der Sklaverei im Districte Columbia votirt und sich für pecuniäre Unterstützung der freiwilligen Einwanderung von Sklaven ausgesprochen. Der General der Conföderirten, Beauregard, befestigt Corinth (im nordöstlichen Winkel von Mississippi). Alle ferneren Verbindungen für die Bundesarmee werden suspendirt. Die Bundesstruppen, so wie die Conföderirten treffen große Vorbereitungen für die nächste Schlacht, die in Tennessee wird geschlagen werden.

## (W.C.B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Dresden, 16. April. Das „Dresdner Journal“ meldet, daß die Einführung des genehmigten neuen Civilgesetzbuches bis nach Beginn des nächsten Landtages verschoben worden sei; demselben werde die mit den thüringischen Staaten beratene Civilprozeßordnung vorgelegt werden. Inzwischen werde Sachsen an den deutschen Kommissionen für Civilprozeß und Obligationenrecht Theil nehmen.

Warschau, 16. April, Abends. Von den jungen Leuten, die am 10. April in der hiesigen Johanniskirche die Ruhe gestört haben, sind 12 zum Militärdienst herangezogen, einer dem Kriegsgericht übergeben und zwei zu mehrwöchentlicher Festungsstrafe verurtheilt worden.

Brüssel, 16. April. Nach Berichten der „Indépendance belge“ aus Paris, würde Goyon zu Rom verbleiben. Allem Vermuthen nach werde Lavalette dahin zurückkehren, um seine Abberufungsschreiben zu holen. Vier schwimmende Batterien werden noch zum ersten Mal von Stapel gelassen werden.

London, 15. April, Nachts. Weitere Nachrichten aus New-York vom 3. d. melden, daß die Operationen gegen New-Orleans begonnen hätten. Die „New-York-Times“ ist der Ansicht, daß der Krieg vor Ende des Sommers beendigt sein werde.

## Deutschland.

\*\*\* Berlin, 16. April. Das Ergebnis der Generalcommission ist zwar noch nicht officiell bekannt gemacht, glaubwürdigen Berichten zufolge soll sie aber die Ersparnisvorschläge der Herren v. d. Heydt und v. Noen gebilligt haben. Natürlich fragt Jedermann, warum die verabschiedeten liberalen Minister nicht haben dasselbe durchsetzen können. Die Sache ist einfach die: die Reactionspartei, welche um jeden Preis das Regiment in Händen behalten will, hat zu jeder Zeit, die eine liberale Regierung aus Nader brachte, mit aller Macht ihres Einflusses dahin gestrebt, den thatsächlichen Beweis zu liefern, daß in Preußen eine liberale Regierung nicht möglich sei. In den letzten Jahren diente die Militärfrage als Mittel zur demonstratio ad oculos. Die liberalen Minister mußten wohl oder übel die volle For-

derung aufrecht erhalten, weil ihnen gegenüber kein Haarbrett nachgegeben wurde und sie nicht den Muth hatten, von Anfang an in Uebereinstimmung mit der allgemeinen Meinung des Landes, die sich einmal nicht beugen konnte, die nothwendigen Ermäßigungen mit aller Entschiedenheit zu fordern. Dies brachte sie natürlich in eine schiefe Stellung zum Lande und als sie endlich die Reduction des Militäretats fordern mußten, wurden sie entlassen, wie die Sternzeitung erklärte, weil die ihnen anhängende Partei in der Landesvertretung als keine genügende Stütze für sie angesehen werden konnte. Der Reactionspartei war also ihre Beweisführung gelungen. Eine nochmalige Revision des Militäretats war dadurch nicht ausgeschlossen und diese hat denn endlich ergeben, daß Reductionen unbeschadet der Wehrfähigkeit des Landes möglich sind. Daß das gegenwärtige Ministerium aus dieser neuen Entdeckung nicht politisches Kapital macht, ist Sache des Landes. Die Wähler müssen den einfachen Verlauf der ganzen Geschichte klar vor Augen behalten und danach ihr Votum bei der Wahl abgeben. Ohnehin wird eine entschiedene Haltung der Landesvertretung erforderlich sein, um die Verminderung der Forderungen der Militärverwaltung aufrecht zu erhalten. Vor Allem aber ist sie erforderlich, um den Beweis zu liefern, daß die große Mehrzahl des Volks ein für alle mal den schleunigen Ausbau unserer Gesetzgebung im Sinn der Verfassung als unabänderliche Richtschnur für die Befestigung unserer politischen Wohlfahrt festhält und den ernststen Willen hat, sie der Regierung gegenüber unter allen Umständen zur Geltung zu bringen.

✓ Berlin, 16. April. Die That des Herrn v. Batow und seiner Genossen, ihre Hand zur Auflösung der Kammer zu bieten, erscheint um so unerklärlicher, als sie vor und nach dem 11. März sich dessen vollständig bewußt waren, daß diese Maßregel zu gar Nichts führen würde. Namentlich hat einer der abgetretenen Minister unter Aufseher zu einem Bekannten nach der Neubildung des Ministerii gesagt: „Diese Westphalen'schen Mittelchen sind längst verbraucht. Es gehört mehr als Aberglaube dazu, um an ihre Kraft zu glauben.“ Es ist vor Allem nicht zu vergessen, daß die Gesetze über Feststellung der Wahlkreise, das Gesetz über die Concessionen, Entziehungen, über das Lagerrecht der Beamten, der Reaction ihre Hauptwaffen entzogen haben. Was namentlich das erstere Gesetz anbetrifft, so hält es meistens die Wahltheilnahme inne, welche bereits bei den Wahlen des Jahres 1858 üblich war. Nun ist es von ungeheurer Bedeutung, daß Wähler und Abgeordnete möglichst miteinander verschmelzen, daß bei jeder Auflösung mindestens das Gros der Abgeordneten sicher ist wieder gewählt zu werden. Daher ist bei der jetzigen Krisis die Wiederwahl der alten Abgeordneten, so weit sie sich nicht des Vertrauens der Wähler unwürdig gemacht, überaus wünschenswerth. Nur dann, wenn die Regierung fast überall die alten Gesichter im Hause wieder findet, wird sie sich gewöhnen, die Abgeordneten als Vertreter von Corporationen, das Abgeordnetenhaus selbst als Corporation anzusehen, während bei den letzten Wahlen Brangel die Anschauung, die in gewissen Kreisen herrscht, am besten dadurch charakterisirt, daß er ein Mandat mit den Worten ablehnte: „Er träte grundsätzlich keinem politischen Verein bei.“ Unsere Camarilla bedarf daher thatsächlicher und handgreiflicher Beweise, daß die Auflösung der Landesvertretung noch eine andere Bedeutung als z. B. die des Königsberger Handwerkervereins hat. Diejenigen Constitutionellen, welche ihrer besonderen politischen Milance zu Liebe, auf die Verdrängung von Fortschrittsmännern hinarbeiten, zeigen eben da-

durch, daß sie gar keinen Begriff von Constitutionalismus haben. — Man erzählt sich, der hiesige Treubund habe einen Antrag auf Stiftung einer Wahlmedaille zur Anlockung gutgefunter Wähler gestellt. Uns würde ein Titel passen der erscheinen; wie wäre es, wenn jeder Wähler, der ein landräthliches Attest über seine Gutsgefundtheit beibringt, den Titel: „Gefinnungsrath“ erhielte, und bei späteren Wahlen nur eine Steigerung einträte, und solche Wähler zu Geheimen Gefinnungsräthen, Wirklichen Geheimen Gefinnungsräthen, endlich Landräthe und andere Committäten, die sich bei den Wahlen auszeichnen, zu Wirklichen Geheimen Ober-Gefinnungsräthen avancirten?

— Im Ministerium des Königlich-hausen sind erst jetzt die Berechnungen der Kosten für die Kronungsfeste in vollem Umfange festgestellt worden. Die Kosten übersteigen um Etwas den ursprünglichen Anschlag und erreichen die Summe von 800,000 Thln., welche der Kronfideicommiss-fond decken wird.

— (R. Z.) Sicherem Vernehmen nach hat sich die Commission der Generale dahin entschieden, daß eine Ersparnis-ungefähr im Belaufe der in dem Briefe des Herrn v. d. Heydt gestellten Anforderungen möglich und statthaft sei, und zwar sei sie hauptsächlich durch Verurteilungen zu erzielen. Es ist dies derselbe Weg, der Seitens der liberalen Presse und Partei schon seit 2 Jahren, aber vergeblich, dringend empfohlen wurde. Jetzt, nachdem ein politischer Umschwung stattgefunden hat, findet er ohne Schwierigkeit Eingang.

— Die „Alln. Stg.“ schreibt: Unter den amtlichen Nachrichten finden Sie, daß „der General-Major von der Armee v. Glischnski, zuletzt commandeur des 3. rheinischen Infanterie-Regiments Nr. 29, jetzt zum Commandeur der 18. Infanterie-Brigade ernannt“ worden ist. Aehnliche Ernennungen werden Sie in der letzten Zeit mehrmals, dagegen früher kaum bemerkt haben. Als „Generale von der Armee“ wurden früher nur in höchst seltenen Ausnahmefällen Offiziere, wie z. B. von Radowski und der Reichs-Kriegsminister von Peuer, geführt, welche wegen außerordentlicher Verhältnisse kein bestimmtes Commando haben konnten. Eben so war es noch vor wenigen Jahren gebräuchlich, daß die jüngeren Brigade-Commandeure noch einige Jahre Obersten blieben und dann erst General-Majore wurden. Statt dessen sollen im vorigen Jahre nicht weniger als 6 Obersten, ohne daß Brigaden zu besetzen waren, „General-Majore von der Armee“ geworden sein und als solche keine andere Beschäftigung haben, als abzuwarten, bis sie wieder placirt werden können, wie dies denn z. B. jetzt mit dem oben Genannten geschehen ist. Es dürfte wohl mit Sicherheit anzunehmen sein, daß solche General-Majore in partibus unterdessen das Generals-Gehalt beziehen. Bei unseren heutigen Militär- und Finanz-Zuständen ist eine derartige Neuerung zu bemerken, damit doch eventual wenigstens eine Verichtigung erfolgen kann. Andernfalls würde jene Anordnung einen eigenthümlichen Gegensatz dazu bilden, daß im Justiz- und Verwaltungsdienste freigewordene Stellen so manchmal längere Zeit unbesetzt bleiben, ohne daß sich andere Gründe als „Ersparungs-Maßnahmen“ dafür anführen ließen.

— Die Wahl des Herrn v. d. Heydt zum Vertreter des Wahlkreises Elberfeld-Barmen verliert mit jedem Tage mehr und mehr an Wahrscheinlichkeit. Als Candidaten werden von der Fortschrittspartei die Herren von Auerwald und Kühne aufgestellt, deren Wahl, soweit man dies bis jetzt zu beurtheilen vermag, wahrscheinlich zu sein scheint. Jedenfalls wird der Wahlkampf ein sehr schwerer werden, denn es werden

Regierung zur allgemeinen Frage der Bundesreform — das ist in freies, dankbarem und unvergeßlichem Gedächtniß der ganzen deutschen Nation, die seit jenem denkwürdigen 7. April wieder wie ehemals, ja in noch erhöhterem Maße auf Baden als einen Musterstaat politischer Entwicklung blickt, in noch erhöhterem Maße, theils weil jetzt die Regierung daselbst noch weit zweifelloser als selbst unter Winter und Vell an der Spitze des Fortschritts steht, theils weil Regierung und Stände nicht bloß in dem Streben nach politischer Freiheit weitestehen, sondern auch in dem nach nationaler Einheit — eine Richtung, die in der ersten Blüthezeit des badiischen Liberalismus in den dreißiger Jahren keineswegs dort allgemein vorherrschend war.

Mit gutem Recht hat daher ganz Baden die Rückkehr jenes Tages auf das festlichste und fröhlichste begangen. Und diese Feier selbst hat aufs neue das feltene Glück, dessen Baden sich erfreut, bestätigt. Die rückhaltlose Einmüthigkeit, in welcher die Mitglieder des Staatsministeriums und die Vertreter des Landes zusammen das Fest begingen; die offenen, freimüthigen Darlegungen der aufrichtig liberalen, verfassungsmäßigen und nationalen Gefinnungen, in denen die Minister mit der Abgeordneten des Volks sich begegneten; der muthige und thatenkräftige Ton, welchen insbesondere der Ministerpräsident selbst beim Hinblick auf die allgemeine Lage Deutschlands anschlug und wodurch er den Muth der badiischen Patrioten aufzurichten, ihre Beharrlichkeit im Kampfe für die höchsten nationalen Anliegen zu kräftigen bemüht war; die Unwundenheit, womit ein anderer der Minister, Dr. Stabel, das Vertrauen des Volks als die unentbehrliche und allein sichere Grundlage einer gedeihlichen Wirksamkeit der Regierung pries, — alles ließ erkennen, daß der Zustand des öffentlichen Lebens dort wirklich ein solcher ist, wie er in jedem deutschen Staate zur Befriedigung aller Theile und zum Heile des Ganzen sein sollte und, wie man eben an diesem Beispiele Badens sieht, bei allseitigem guten Willen und der rechten Einsicht so leicht hergestellt werden könnte. (D. A. B.)

## Die Feier des 7. April 1860 in Baden.

Bei den trüben Nebelschatten, die leider wieder einen großen Theil unseres politischen Horizonts verdecken — hoffentlich nur, um in nicht allzu langer Zeit dem um so vollern und hellern Strahl der Sonne zu weichen —, gewähren die lichtbeglänzten Ausschnitte desselben einen um so erfreulichen und tröstlichen Anblick. Und ein solcher sonnenheller, ungetrübtter Ausschnitt ist das schöne badische Land, dasjenige Land, wo die Regungen verfassungsmäßiger Freiheit am frühesten in Deutschland sich lebendiger entfalten, wo sie nach zeitweiliger schwerer Verkümmern gegenwärtig wiederum ihren kräftigsten und fröhlichsten Verlauf haben.

Die Ueberstürzungen des Frühjahrs 1849 hatten Baden in seiner politischen Entwicklung weit zurückgeworfen. Nachdem die Revolution durch fremde Bajonnette niedergeworfen war, während die einheimische Regierung beim ersten Sturm sich geflüchtet und dadurch die Auflösung aller Ordnung beschleunigt hatte, beutete eine übermüthige Reaction diesen Sieg, zu dem sie nichts gethan, in ihrem Interesse aus, und statt durch Kräftigung und Sammlung der wahrhaft liberalen, aber gemäßigten monarchischen constitutionellen Elemente um den Thron einen moralischen Triumph über Anarchie und Republik zu feiern, ersah sie ihre Zeit, um mit den Ausartungen der Freiheit die Freiheit selbst zu unterdrücken und ein absolutistisch-bureaucratisches Polizeiregiment aufzurichten in eben diesem Land, welches einst die Wiege und das mit Recht gepriesene Eldorado des gedeihlichsten constitutionellen Lebens gewesen war. Derselbe Großherzog Leopold, dessen Regierungsantritt durch den Uebergang aus langjähriger Reactionszeit in eine Zeit frischerer und freier Bewegung bezeichnet worden war, gab sich an seinem Lebensabend einer ähnlichen, ja noch rückwärtsgeren Reaction hin und starb, ohne zu den ruhmvollern Bahnen, auf denen er einst gewandelt, zurück zu kehren.

Auch des jugendlichen Fürsten, der nach ihm den Thron bestieg, schien die gleiche Partei, die überall sich zwischen Für-

sten und Völler zu drängen sucht, sich bemächtigen zu wollen. Zu der politischen Reaction verfuhrte sie die kirchliche, die religiöse zu gesellen. Sie wollte den protestantischen Theil des Volks an eine zelotische Orthodorie ausliefern, den ganzen Staat aber mitamt der Regierung von einer fremden Gewalt, der Römischen Curie, abhängig machen. Da endlich regte sich der durch den natürlichen Rückschlag der Revolution von 1849 lange daniiedergebrückte, alte Freiheitsinn des Volks wieder: die Landesvertretung, die fast ein Jahrzehnt hindurch nur ein Schattenleben geführt hatte, trat zum ersten Mal wieder kräftig und selbstbewußt im Gefühl einer unerläßlichen Pflichterfüllung auf, und obwohl gewissenlose Rathgeber den Fürsten veranlassen wollten, diesen Widerspruch entweder unbeachtet zu lassen oder durch ein dictatorisches Quos ego zu ersticken, so siegte doch der helle Geist und der edle, echt fürstliche Sinn des jugendlichen Herrschers über diese finsternen Ränke; der Stimme des Volks ward Gehör gegeben, die schon halb vollzogene Unterwerfung unter Rom ward zurückgenommen, damit zugleich der Siegeszug der Reaction im Innern unterbrochen, der politischen und der Gewissensfreiheit wieder offene Bahn geschaffen, zugleich der Zusammenhang mit der großen deutsch-nationalen Strömung, der gänzlich verloren schien, hergestellt.

Der 7. April 1860 war der denkwürdige Tag, welcher diese Umkehr Badens auf die Wege der Freiheit und des Fortschritts durch feierliche Verkündigungen seines Monarchen vollendete und bekräftigte. Was seitdem thatsächlich geschehen ist, um diese Verkündigungen nach allen Seiten hin zur Wahrheit zu machen, namentlich seit dem Eintritt des Freiherrn v. Roggenbach in das Ministerium und an dessen Spitze — von den kirchlichen Gefegen zur verfassungsmäßigen Regelung der Verhältnisse bei der christlichen Regierung bis zu der eben jetzt von der II. Kammer durchberathenen, in zeitgemäße Sinn abgefaßten Gewerbegesetzgebung, von den freisinnigen Erklärungen am Bundestage in der kurhessischen Sache bis zu der vom nationalsten Geiste durchwehten Denkschrift der badiischen



namentlich in unserer Gegend von den Landrätthen und der katholischen Geistlichkeit große Anstrengungen gemacht, die auf die Massen immerhin eine starke Pression ausüben.

Ein Berliner Correspondent der Schl. Btg. will über das Verhältniß der beiden Ministerial-Programme folgendes Nähere wissen: Die Verschiedenheit des Programms der beiden Fractionen im entlassenen Ministerium beruhte vorzugsweise in der Auffassung der ganzen Lage der Dinge; Einzelheiten hätten sich noch ausgleichen lassen, allein die Gesamtansicht war eine abweichende und war es nach der Auflösung des Abgeordnetenhauses noch mehr geworden. Die Reform des Herrenhauses spielte ihre große Rolle dabei; doch war die Hauptsache die, wie ein anderes Abgeordnetenhaus zu erzielen wäre. Stand nun die Wahl zwischen zwei Programmen frei, so wurde dasjenige vorgezogen, welches sich auf mehr „erhaltendem“ Boden bewegte, ohne darum ein Rückschritt-System anzuathen zu wollen. Mit dem Geiste, welcher das aufgelöste Abgeordnetenhaus befeelt hatte, herrschte von vorn herein große Unzufriedenheit, und zwar nicht allein in Bezug auf die ganze Haltung der Häuser der Demokratie von 1848, sondern auch wegen mancher Anträge über Militärwesen, Militärgerichtsbarkeit, evangelische Kirche. Das Herrenhaus, dessen Zusammensetzung durchaus kein Gegenstand der Bewunderung ist, konnte zwar manche Entwicklung verzögern, allein Fundamentaltypus des Staates sah man von ihm nicht erschüttert, und wenn es doch früher oder später rathsam befunden werden sollte, die Minorität des Herrenhauses durch Pairsernennung zu vergrößern, so sollte dieses doch nicht gegenüber einem Abgeordnetenhaus geschehen, dessen Bestreben prinzipiell darauf hinausging. So war die Ansicht. Diese Principien — man nannte sie „conservativ“ im Gegensatz zu den weitergehenden — sollten entschieden durchgeführt werden, und es stellte sich heraus, daß das nur andere Staatsmänner thun würden. Darin lag der Hauptunterschied in der Entwicklung der Woche vom 11. bis zum 17. März: einzelne Punkte der zwei Programme waren dabei nur Nebensache.

Wie die „N. Pr. Btg.“ vernimmt, ist der Landrath des Breslauer Kreises Freih. v. Ende zum Polizei-Präsidenten von Breslau designirt.

Das Ober-Tribunal hat durch Erkenntniß vom 7. v. M. festgestellt: Wer unbefugter Weise eine Amtshandlung vornimmt und dabei den Anschein erregt, als sei dieselbe von der zuständigen Behörde ausgegangen, unterliegt der Strafe des § 104 (Gefängniß von 14 Tagen bis ein Jahr) des Strafgesetzbuches; es ist nicht erforderlich, daß er dabei im eigenen Namen gehandelt und sich selbst den Charakter des competenten Beamten beigelegt habe.

Wie der „Volksztg.“ mitgetheilt wird, hat gleich den Directoren Bellermann und August (Berlinisches Gymnasium zum grauen Kloster und Könlingsches Realgymnasium) auch der Director Gallenkamp und das Lehrercollégium der städtischen Gewerbeschule gegen den Mülhler'schen Wahlerlaß protestirt. Der Director des Friedrich-Gymnasiums, Dr. Kersch, hat sich darauf beschränkt, dem Schulcollégium einfach das Wahlscripht zurück zu senden mit dem Bemerkung, daß es ihm nicht zustehe, einen Einfluß auf seine Lehrer bei Ausübung ihres, jedem Staatsbürger gesetzlich verbürgten freien Wahlrechtes, einzutreten zu lassen.

(B. u. S.-Z.) Die nach den neulich gegebenen Andeutungen der „Allg. Preuß. Btg.“ vorhandene Absicht, eine Erhöhung der Maßsteuer einzutreten zu lassen, scheint bisher nur von dem Finanzminister vertheidigt zu sein. Im Ministerium für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten ist die Angelegenheit bisher noch gar nicht formell zur Erörterung gekommen, außerdem Vernehmen nach wird jedoch erwartet, daß der gegenwärtige Chef dieses Ministeriums einem derartigen Steuererhöhungsproject seine Zustimmung nicht ertheilen werde.

Es wird in nächster Zeit eine Broschüre erscheinen: „Die liberalen Parteien Angesichts der Zukunft Preußens“, die der Einigung der liberalen Parteien eindringlich das Wort redet und einen namhaften Publicisten, welcher der constitutionellen Partei angehört, zum Verfasser hat.

Der „Nat. Btg.“ meldet man aus Kottbus: Am 12. war Regierungs-Präsident v. Selchow aus Frankfurt a. O. hier. Er schärfte den Beamten, welche er nach dem Gasthof eingeladen hatte, ein, ihren Einfluß anzuwenden, damit die Herren v. d. Seydt und Graf Lippe zu Abgeordneten des Kreises Kottbus-Kalau-Spremberg gewählt würden.

Kossak schreibt in der Wiener „Presse“: „Meine Wohnung liegt in der Nähe der Matthäi-Kirche, dem sonntägigen Rendezvous-Platz der Aristokratie, aller ihrer feudalen Anhängel und der frommen Bureaucratie. So lange die neue Aera vorhielt, war, wenn ich am Sonntage Vormittags in die Stadt ging, von jungen Tartuffes wenig zu bemerken; seit acht Tagen sind sie wieder aufgetaucht und eilen aus allen Stadtgegenden nach dem Gotteshause, wo sie von ihren höchsten Gönnern und ordentlichen Vorgesetzten bemerkt werden. Man erkennt sie an prächtig gebundenen, reich vergoldeten Gefangbüchern, die sie mit niedergeschlagenen Augen, aber mit sichtlicher Ostentation in den gefalteten Händen tragen. Hassenpflug seiner Zeit war der geniale Erfinder dieser Sitte, wenn er an jedem Sonntage, in einen kurzen Carbonari gekleidet, in der Linken das Porzellan-Gefangbuch, mit der Rechten seinen hoffnungsvollen Kleinen führend, nach der böhmischen Kirche eilte, wo damals ein beliebter Häuptling der Pietisten predigte. Hält das reactionäre Wetter an, so sind wir vor einer starken Vernehmung dieser verdächtigten Blind-schleichen, die möglicher bequemer „Geheimrath“ werden wollen, keineswegs sicher. Bis jetzt gleicht freilich die Race noch den hoffnungsvollen Blüthenknospen an den Kirschbäumen, die bei ihrem merkwürdigen Instinct nicht eher aufbrechen, als bis die Witterung beständig wird.“

#### England.

Zu der großen Freiwilligen-Heerschau, welche am Ostermontag bei Brighton Statt findet, werden sich, nach den bisherigen Anmeldungen zu urtheilen, wahrscheinlich an 15,000 Mann einfinden.

#### Frankreich.

Paris, 14. April. Man arbeitet gegenwärtig in den Gemächern des Schlosses von Fontainebleau, um sie für einen mehrwöchentlichen Aufenthalt des kaiserlichen Hofes herzurichten. Der Kaiser und die Kaiserin werden nach Ostern sich dahin begeben und den Frühling dort zubringen.

Die fünfzehn Personen, welche neulich im Vaudeville-Theater verhaftet worden sind, werden übermorgen vor dem Polizei- (nicht vor dem Correctionnel-) Gerichte stehen, unter der Anklage auf nächtliche Ruhestörung. Es sind gar hohe Namen: Graf Cornélius, Herzog von Grammont-Caderousse, Comte de Merlemont, Graf Pozzo di Borgo, Marquis de

Noailles, Graf Maurice de Rochefort, Gaston de St. Maurice, de St. Saurer etc.

Die Versuche, welche mit den neuen, kegelförmig zugespitzten Cylinderkugeln in Vincennes angestellt wurden und von denen auch die heutige „Patrie“ spricht, haben überraschende Resultate geliefert. Es gelang, zwölfköllige Eisenplatten zu durchbohren. Die neue Erfindung wird bis jetzt sorgfältig geheim gehalten. Die „Monde Illustrée“ hatte in ihrer letzten Nummer ein Portrait von V. Hugo gegeben. Auf höhere Weisung wurde diese Abbildung vernichtet und die ganze, 6000 Exemplare starke Nummer durfte nicht ausgeben werden.

Die „Patrie“ sucht heute die Unzweckmäßigkeit der neuen Armstrong'schen Kanone darzuthun, indem sie zugleich die, wenn begründet, wichtige Nachricht bringt, daß die französische Artillerie die Aufgabe gelöst habe, die darin bestehe, ein Wurfgeschloß zu erfinden, das in die gepanzerten Schiffe eindringen könne, ohne daß es die Schwere der Kugel einer gewöhnlichen gezogenen Kanone übersteige. Das Princip dieser Erfindung wird, wie sie hinzufügt, ein Geheimniß bleiben, wenn auch die Existenz derselben nicht in Zweifel gezogen werden könne.

In Rom sind drei neue schwimmende Panzerbatterien auf das Werk gestellt worden. Jedes dieser Fahrzeuge wird mit einer Maschine von 150 Pferdekraft und 14 Kanonen versehen. Ihre Namen sind „Arrogante“, „Implacable“, „Opiniâtre“. Das „Journal des Debats“ sucht in einem längeren Artikel das Voreilige der durch den Kampf zwischen „Monitor“ und „Merrimac“ hervorgerufenen Befürchtungen zu beweisen und hebt dabei die Ueberlegenheit der französischen Panzerschiffe nicht nur den amerikanischen, sondern auch den englischen gegenüber besonders hervor. Es hält sich überzeugt, daß es sich diesmal, wie schon so oft, ganz einfach für Frankreich darum handelt, sich nicht von diesen Erfindungen täuschen zu lassen, die, nachdem sie diesseits geprüft und verworfen wurden, jenseits des atlantischen Oceans unter einem anderen Namen und einer anderen Gestalt wieder auftauchen, dazu noch möglichst übertrieben werden, aber deswegen nicht besser geworden sind.

#### Italien.

Turin, 12. April. Der Justizminister hat Befehl gegeben, daß der Generalvicar von Bologna wegen seines Circularschreibens gerichtlich belangt werde. Er wird des Hochverraths angeklagt. Er sitzt in einem gewöhnlichen Kerker und wird behandelt wie ein Laie. Bisher wurden in Anklagestand versetzte Geistliche während der Untersuchungszeit in ein Kloster gesperrt. Katazzi ist etwas unwohl. Er hat sich in der letzten Zeit zu sehr angestrengt. Sein Circularschreiben an die Präfecten hat einen guten Eindruck hier gemacht. Garibaldi wird, so heißt es hier, seine Reise durch Italien bald einstellen und vielleicht nicht einmal nach Toscana gehen. Die Regierung hat in dieser Beziehung keinen Druck auf ihn auszuüben gesucht. Der König wird in Begleitung des diplomatischen Corps nach Neapel gehen. Die Regierung hat dieses eingeladen, damit die Vertreter der europäischen Mächte Gelegenheit finden, die Zustände im ehemaligen Königreich aus eigener Anschauung kennen zu lernen. Trotz des Geheißes der reactionären Blätter hat die Lage der Dinge im südlichen Italien sich bedeutend gebessert.

In Rom sammeln sich die versprengten ehemaligen neapolitanischen Soldaten wieder an, eben so die Ausreißer aus italienischen Regimentern, um gelegentlich zu Land oder zu Wasser ins Neapolitanische dirigirt zu werden. In Marseille sammeln sich die Abenteurer, die vom Centralcomité in Paris ausgerüstet werden. Diese Zustände, die ein offener Krebsgeschwür für das gesammte Europa und ein sehr böses Beispiel sind, sollen nun ins Unendliche fort dauern, ja, die „Patrie“ glaubt versichern zu können, daß Hr. v. Lavalette, der gegenwärtig in London ist, fast unverzüglich nach seiner Rückkehr nach Paris auf seinen Posten zurückkehren wird; ferner, daß alles Gerede von Zwiespalt zwischen Lavalette und Goyon „grundlos“ ist, daß „sie mit einander stets einig waren, um die Politik ihrer Regierung zu unterstützen“, über Beiden ist eine Autorität, welche dieselben dominirt, inspirirt und dirigirt, es können daher zwischen ihnen die Zerwürfnisse gar nicht vorkommen, die angenommen wurden, denn Beide empfangen direct Instructionen von dem Souverän und sind in Rom nur die Agenten des Kaisers. Ist das deutlich? Also die ganze Zweideutigkeit und Durchstecherei mit der Reaction u. s. w. geschah direct auf Befehl des Kaisers Napoleon! Die „Patrie“ sagt es wenigstens, und die „Patrie“ ist eines der Hauptorgane der kaiserlichen Politik.

#### Russland und Polen.

Warschau, 13. April. Der beklagenswerthe Vorfall, der sich vergangenen Donnerstag in der Cathedrale zutrug, hat viele der hervorragenden Personen veranlaßt, dem Erzbischof Beweise ihrer Sympathie und Ehrerbietung darzubringen. Vorgeföhren empfing der Erzbischof die Mitglieder des Staatsrathes, welche sich nach beendeter Sitzung in corpore zu ihm begeben hatten, um ihm ihr Bedauern und ihre Mißbilligung des strafwürdigen Betragens einiger irre geleiteten Jünglinge auszudrücken. Die Verhafteten, sind übrigens zum Theil in Freiheit gesetzt worden, wie man sagt, auf Fürsprache des Erzbischofs. Die meisten der an dem erwähnten Auftritte Theilhabenden gehören zur studirenden Jugend der Gymnasien und der medicinischen Akademie.

#### Danzig, 17. April.

Bereits heute Vormittag, hatte der Redacteur dieser Zeitung, Ridert, eine Vorladung auf das hiesige Stadtgericht erhalten, um „als Zeuge“ in Betreff der Ausnahme des Wahlerlasses des Kriegsministers vom 27. März c. in die Danziger Zeitung (vergleiche die gestrige Abendnummer) vernommen zu werden. Derselbe erklärte, daß er sich nicht für verpflichtet halte, eine Aussage darüber zu machen, wie der betreffende Wahlerlaß zu seiner Kenntniß gelangt sei. Zunächst liege auch nicht der geringste Anhalt für die Vermuthung vor, daß ihm der Wahlerlaß von einem Beamten mitgetheilt worden. Aber selbst wenn dies der Fall wäre, so würde es sich hier um kein nach den Strafgesetzen zu ahndendes Vergehen handeln. Der Wahlerlaß des Kriegsministers sei in lithographirten Abzügen durchs ganze Land versandt worden und dem Inhalt nach voranzugehen gewesen, daß dem Hrn. Kriegsminister eine Verbreitung seiner Ansichten nur habe wünschenswerth sein können. Sämmtliche Wahlscriphts der andern Herren Minister, so wie diejenigen der Regierungen etc. wären ebenfalls veröffentlicht worden. Es handle sich also in dem in Rede stehenden Fall in keiner Weise um eine Verletzung der Amtsverschwiegenheit, welche nach den Gesetzen strafbar sei; er halte sich daher für berechtigt, die zeugeneidliche Aussage zu verweigern.

Der bei der Vernehmung anwesende Staatsanwalt v. Grävenitz stellte demnach den Antrag, den p. Ridert durch die gesetzlichen Zwangsmittel zur zeugeneidlichen Aussage zu zwingen. Ueber diesen Antrag des Staatsanwalts wird das Gericht demnachst Beschluß fassen.

Die Mittel, mit denen die Reaction im Landkreise für ihre Zwecke wählt, grenzen aus Un glaubliche. Von einem Gutsbesitzer der Danziger Umgegend wird uns mitgetheilt, daß seine Leute ihn darüber befragt hätten, ob es denn wirklich wahr wäre, wie ihnen allgemein von den Gefinnungsmachern eingeredet würde, daß die Fortschrittspartei nur alle vier Wochen einen Sonntag und im Umfange von je 7 Meilen nur eine Kirche wolle, und dergleichen mehr.

Rechtsanwalt K e h b e i n in Culm hat folgenden Protest gegen den Wahlerlaß des Justizministers erhoben:

„Se. Majestät der König hat nach Auflösung des Abgeordnetenhauses an Sein Volk appellirt und demselben unbeschränkte und unangetastete Wahlfreiheit gelassen. Ich werde deshalb unbeirrt und ohne Rücksichtnahme auf die versuchte Einwirkung auf die Wahlen zum Abgeordnetenhaus Seitens der Königl. Staats-Regierung nach meiner reinen, gewissenhaften Ueberzeugung mich an dem Wahlacte betheiligen und falls ich Wahlmann werde, den Mann zum Landtagsabgeordneten wählen, von dem ich mich überzeugt halten darf, daß er die verbrieften und beschworenen Rechte und Interessen des Volkes nicht minder, als die Rechte und das Wohl der Krone verteidigen würde; dessen Bestreben darauf gerichtet ist, die Harmonie zwischen dem Könige und dem Volke wieder herzustellen und dauernd zu befestigen; der dem Fortschritte huldigt und der gegen die reactionären Bestrebungen der feudalen Partei entschieden ankämpft und sie bewältigen hilft. Ich bedauere demnach, dem Erlaß des Hrn. Justizministers keine weitere Folge geben zu können. K e h b e i n, Rechts-Anwalt.“

Man schreibt der „Volksztg.“ aus Kaufbeuren: Der Ortsvorstand der Dorfgemeinde Kaufbeuren hatte im Auftrage des Kgl. Landrathsamts Heinrichswalde die Urwähler der Gemeinde zu einer Versammlung auf den 13. April d. J. berufen, um denselben verschiedene Erlasse zu publiciren, durch welche im Sinne der Kgl. Staatsregierung auf die bevorstehenden Wahlen eingewirkt werden sollte. Dieses veranlaßte die Dorfgemeinde Kaufbeuren, am 12. April d. J. folgenden einstimmigen Beschluß zu fassen:

„Die Gemeindeversammlung, in Erwägung, daß der Kgl. Staatsregierung nicht das Recht zusteht, die Staatsbürger in Bezug auf die Freiheit zur Abgeordnetenwahl zu beschränken oder zu beeinflussen, daß eine solche Beschränkung und Beeinflussung darin zu finden ist, daß die Kgl. Staatsregierung durch ihre Organe, Regierungen, Landräthe, Ortsvorstände u. dergl. dahin zu wirken sucht, daß die Wahlen zum Abgeordnetenhaus in ihrem Sinne ausfallen; in fernerer Erwägung, daß der bereits in der Nummer 13 des Kreisblatts der Tilsiter Niederung bekannt gewordene Erlaß des Kgl. Landrathsamts Heinrichswalde Beschuldigungen und Verdächtigungen des aufgelösten Abgeordnetenhauses enthält, zu deren weiterer Verbreitung die hiesige Gemeinde um so weniger beitragen kann, als sie sich mit den Beschlüssen des aufgelösten Abgeordnetenhauses in vollständigem Einverständnisse weiß, erklärt:

„Die vom Ortsvorstande erfolgte Berufung der Gemeinde auf morgen behufs Publication verschiedener, die Beeinflussung der Wahlen abzwendender Erlasse der Kgl. Staats-Regierung und namentlich auch der gedachten landrätthlichen Verfügung ist nicht gerechtfertigt, und beschließt:

1) dieser Berufung keine Folge zu geben; 2) den vorliegenden Beschluß dem Kgl. Landrathsamt mitzutheilen.“

Die neu engagirte Primadonna der Königsberger Oper, Frau Pettenlofer ist dort eingetroffen, wird zunächst in „Figaros Hochzeit“ und dann mit Fr. Artot in „Norma“ und zwar in der Titelrolle auftreten.

Aus dem Kreise Insterburg, 16. April. In den Städten Insterburg und Gumbinnen hat man Versuche gemacht, constitutionell-conservative Wahlcomités aufzustellen; in Insterburg steht der Herr Appellations-Gerichts-Präsident an der Spitze des Comités. In Gumbinnen waren auch 7 Personen, Beamte und Gutsbesitzer — kein Bürger — zu diesem Zwecke zusammengetreten. Da die mehr liberalen Beamten aber das königliche constitutionelle Programm, die Feudalen aber das der Kreuzzeitungs-Partei ihren Beschlüssen zu Grunde gelegt wissen wollten, so ging die Versammlung ohne sich einigen zu können, betrübt, aber mit Würde auseinander.

Von der russischen Grenze, 5. April. (Pr. L. Z.) Dem Handelsverlehr mit Rußland stellt sich die Bestimmung der jenseitigen Regierung, daß die Einfuhr von Thee nur über die Zollämter Taurroggen und Georgenburg, nicht aber über Polangen gestattet ist, störend entgegen. Der Handelsstand von Wemel wird durch dieses Verbot am unangenehmsten berührt, weshalb das Vorstheramt der dortigen Kaufmannschaft durch eine Petition beim Handelsministerium es versuchen will, dasselbe zu bewegen, die Aufhebung dieses Verbots beim russischen Finanzministerium zu veranlassen. Die russische Regierung würde dadurch offenbar ihr eigenes Interesse am meisten fördern, weil dem bis jetzt sehr umfangreichen Schmuggelhandel mit Thee eine wesentliche Beschränkung bereitet werden würde. Unser Nachbarstaat scheint in der neuesten Zeit dem bis dahin ziemlich ungehinderten Grenzverlehr Beschränkungen auflegen zu wollen; die höchst bequeme Einrichtung, die Legitimationskarten nach Rußland nicht nur bei den Orts-Polizeibehörden, sondern auch bei den Grenzzollämtern erhalten zu können, ist aufgehoben und das Publikum angewiesen, fortan nur an das Landrathsamt oder die respective Orts-Polizei sich deshalb zu wenden. Eine andere Beschränkung, die noch viel unangenehmer wirkt, ist seit der Zeit eingetreten, als über das Gouvernement Kowno der Kriegszustand verhängt ward. Die russischen Behörden dulden es jetzt nicht mehr, daß eine Gesellschaft von mehreren zu gemeinschaftlichen Zwecken reisenden Personen durch eine Karte sich legitimiren, sondern fordern diese von jedem Einzelnen, mit der Bestimmung, daß das Signalement genau angegeben sein muß. Die gemüthlichen Spazierfahrten, welche früher im Sommer von den Bewohnern der Grenzstädte Preußens nach Rußland unternommen wurden, werden jetzt wieder bei solchen unangenehmen Weitläufigkeiten eingestellt werden müssen.

#### Unser Hafen.


##### I.

Niemals hat sich die Nothwendigkeit, daß für unseren Hafen etwas Durchgreifendes geschehen muß, dringender herausgestellt, als im jetzigen Augenblick. Jetzt, den schreienden



|    |        |   |     |        |     |                |
|----|--------|---|-----|--------|-----|----------------|
| 12 | 884,10 | + | 1,5 | 10000. | 88. | Entwicklungen. |
|----|--------|---|-----|--------|-----|----------------|



 Gute Wagen- und Reit-  
Pferde zu verkaufen Langgarten  
No. 62. [2658]

5 Wassermühlen mit Land, hat mit 4—10,000  
Thlr. Anzahlung zu verkaufen  
[2232] H. Scharnisky, in Elbing.